

Depubliziert

Dank Tagesspiegel habe ich in dieser Woche ein neues Wort gelernt. Depubliziert war mir bislang nicht geläufig. Ein Blick in wikipedia erklärt: „Depublizieren ist das Entfernen von Internetseiten aus dem öffentlich zugänglichen Bereich, das die Online-Angebote der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in Deutschland im Sommer 2009 für ihre Archivbestände begannen und seit dem 1. September 2010 auch für die laufende Berichterstattung nach meist siebentägiger Frist durchführen.“ Das machen die Rundfunkanstalten nicht ganz freiwillig, sie müssen die Beiträge laut Rundfunkstaatsvertrag nach sieben Tagen offline stellen. Im Falle des Berliner Tagesspiegel stellt sich der Vorgang ganz anders dar.

Tagesspiegel-Redakteurin Fatina Keilani, die durch ihre gut recherchierten Beiträge bekannt ist, zum Beispiel über die AfD, Arabische Clans oder Flüchtlinge, hat einen Artikel über Justizsenator Thomas Heilmann (CDU) geschrieben: „Wenig Licht, viel Schatten.“ Die Einleitung: „Die Technik: funktioniert nicht. Die Stimmung: mies. Die Personalauswahl: parteiisch. Wenige Monate vor der Wahl stellen Mitarbeiter Justizsenator Heilmann (CDU) ein verheerendes Zeugnis aus.“

Was mit diesem Artikel geschah, ist abenteuerlich. Am Montag, dem 18. April, war der Artikel nur online auf tagesspiegel.de veröffentlicht worden. Am Montagabend war er aufgrund eines „redaktionellen Fehlers“ nicht mehr verfügbar. Am Dienstag, dem 19. April, teilte der Tagesspiegel morgens um 10 Uhr via Twitter mit: „Der Text wurde fälschlicherweise depubliziert, er ist nun wieder online.“ Erklärung des Verlags: „Aufgrund eines redaktionellen Fehlers wurde der Text am Montagabend offline gestellt. Dies haben wir am Dienstagvormittag korrigiert und den ursprünglichen Text wieder publiziert.“ Der Artikel war dann wieder online verfügbar. Dienstagabend verschwand der Text erneut und ist nun beim Tagesspiegel nicht mehr verfügbar.

Dazu der Tagesspiegel „in eigener Sache - Text über Thomas Heilmann - 19.04.2016 20:20 Uhr: An dieser Stelle stand ein Text über Kritik an der Amtsführung des Berliner Justizsenators Thomas Heilmann (CDU), geäußert von Mitarbeitern der Justizverwaltung. Nach eingehender Prüfung erwiesen sich wesentliche Behauptungen der Mitarbeiter als

nicht haltbar. Aus diesem Grund ist der Text nicht mehr verfügbar. Wir bitten unsere Leserinnen und Leser um Entschuldigung.“ Um welche „wesentlichen Behauptungen“ es geht, wird nicht verraten.

Bei press.reader.com ist der Artikel allerdings (noch) verfügbar:

<http://www.pressreader.com/germany/der-tagesspiegel/20160418/281758448460339>

Kaum war der Artikel von Frau Keilani, der auch in der Druckausgabe stand, veröffentlicht, erschien ein positiver Beitrag über Thomas Heilmann. Zitat: „Der Landesverband Berlin der Deutschen Justizgewerkschaft hat Justizsenator Thomas Heilmann (CDU) gegen Kritik verteidigt, über die der Tagesspiegel berichtet hatte. (Anm. d.Red.: depubliziert) „Herr Heilmann war und ist der erste Senator, der versucht, die Berliner Justiz mit einer neuen Diskussionskultur, mit neuen Problemlösungsstrukturen und großem eigenen Engagement in die Moderne zu führen“, schreibt der Vize-Vorsitzende Ulf Melchert in einer Stellungnahme an den Tagesspiegel. Es sei damit zu rechnen gewesen, dass Thomas Heilmann bei dem Versuch, „so eine kulturelle Veränderung herbei zu führen, von den unbeweglichen, den ewig gestrigen und den reformunfähigen Bediensteten der Berliner Justiz abgelehnt werden würde“, so Melchert. „Wichtig aber ist die Richtung und die stimmt.“ In der Berliner Justiz herrsche mittlerweile eine offene Diskussionskultur.“ Kräftiger Schlag zurück. Der Gewerkschaftsboss beschimpft die Beschäftigten, die sich kritisch gegenüber dem Tagesspiegel geäußert haben, als „ewig gestrig“ und „reformunfähig.“ So einen Umgang zwischen Gewerkschaft und Beschäftigten habe ich bislang auch noch nicht erlebt.

Spannend wäre es gewesen, wenn man beide Artikel „contra Heilmann“ – „pro Heilmann“ hätte nebeneinander legen und vergleichen können. Darauf hat der Tagesspiegel leider verzichtet. Die „IT-Landschaft der Berliner Justiz“ ist wohl eines der drängendsten Probleme. Dazu sagt der Gewerkschaftsboss: „Diese Reformunfähigkeit des vorgefundenen Systems Herrn Heilmann anzulasten, ist unzulässig!“ Unzulässig? Na, wenn das so ist muss man natürlich depublizieren. Und nun jammert Herr Melchert noch ein wenig und kritisiert, „dass in dem Artikel die Erfolge Heilmanns nicht ernsthaft erwähnt worden seien.“ Das wurde ja nun nachgeholt. Gewerkschaft Seit an Seit mit dem Arbeitgeber. Zugute halten muss man dem Tagesspiegel, dass

er nicht auch noch die Kommentare zu dem Pro-Heilmann-Artikel depubliziert hat. Da schreibt ein Leser: „Diese Lobhudelei erscheint mir hier deplatziert, denn der Justizsenator hat es in seiner Amtszeit versäumt, ein projektorientiert kompetentes Personal in seiner Senatsverwaltung dafür einzusetzen, um die neuen Fachverfahren in der IT einzuführen.“ Unsere Informationen aus der Berliner Justiz unterstreichen die Ansicht des Tagesspiegel-Lesers, nicht aber die des Gewerkschaftsführers.

Der Leser fragt sich auch, „ob die Inhalte einer Gewerkschaft und der damit verbundenen Aufgabe, die Interessen ihrer Mitglieder hinsichtlich der Arbeitsbedingungen wirkungsvoll zu vertreten, hier durch die unreflektierten artigen Komplimente für einen politisch Verantwortlichen durchkreuzt werden.“

Übrigens ist der Pro-Heilmann-Artikel mit dem Kürzel „Tsp“ versehen. Nun gut, das ist wohl die Abkürzung zur „Tagesspiegel“, könnte aber auch „Turner schreibt persönlich“ heißen. Und somit kommen wir in den Bereich der Verschwörungstheorien. Natürlich ist bekannt, dass Thomas Heilmann und Tagesspiegel-Herausgeber Sebastian Turner alte Weggefährten sind. Stichwort „Scholz & Friends“. Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Torsten Schneider, sieht in dem Vorgang einen „fulminanten Seilschaftsskandal.“ Natürlich irrt Torsten Schneider, denn es ist ja wohl kaum möglich, dass ein Herausgeber derart in die unabhängige redaktionelle Arbeit einer Zeitung eingreift und gleich einen ganzen Artikel verschwinden lässt. Oder?

Was steht denn aber nun so fürchterliches in dem Artikel von Fatina Keilani, dass der Tagesspiegel zu diesem ungewöhnlichen Schritt der Depublizierung greifen musste. Welches sind die „wesentlichen Behauptungen der Mitarbeiter“, die sich „nach eingehender Prüfung als nicht haltbar“ erwiesen? Übrigens: prüft man nicht vor Erscheinen eines Artikels, ob Vorwürfe haltbar sind? Andererseits werden ständig unhaltbare Vorwürfe gegen jeden in die Welt gesetzt, wonach auch nicht jedes Mal der Artikel verschwindet. Für falsche Behauptungen gibt es übrigens das Mittel der Gegendarstellung.

Hier nun einige Auszüge aus dem Artikel. Und bitte immer daran denken, es kann sich um einen unhaltbaren Vorwurf handeln: „Als Thomas Heilmann sein Amt als Justizsenator antrat, waren die Erwartungen hoch.“ – „In der Justiz ist Heilmann unten

durch“, sagt eine Richterin, die in Moabit arbeitet. – „Auch aus dem Nordsternhaus heißt es: ‚Die Stimmung im Haus ist extrem schlecht.‘ – „Mitarbeiter der Senatsverwaltung haben das Gefühl, der Senator interessiere sich nur noch für Parteipolitik und nicht für die Justiz.“ *Anm.d.Red.: Heilmann ist Kampagnenleiter des CDU-Wahlkampfes.* – „Die Einführung einer neuen Version der Server-Infrastruktur, die im August am Amtsgericht Neukölln begann und im Februar mit dem Amtsgericht Charlottenburg als letztem Gericht beendet wurde, hat bis heute nicht zu zuverlässig laufenden Rechnern geführt, sondern wie berichtet zu Abstürzen und Chaos.“

Zwischenfrage: Alles falsch? Nicht haltbar?

„Im Stab des Senators soll es kaum noch Juristen geben – ‚alle abgesägt‘, heißt es. Einzig der Persönliche Referent des Senators ist immerhin Rechtsreferendar – und Landesvorsitzender der Jungen Union.“ Das ist wohl wahr. Der 29-jährige Christoph Brzezinski ist im Organigramm der Senatsjustizverwaltung als Persönlicher Referent aufgeführt, ebenso bei der Jungen Union als ihr Landesvorsitzender. Er hat übrigens am 7. Juli 2015 einen interessanten Beitrag zur gleichgeschlechtlichen Ehe veröffentlicht.

<http://www.tagesspiegel.de/politik/berlins-cdu-debattiert-ueber-homo-ehe-ehe-ist-nur-zwischen-mann-und-frau/12017200.html>

„An wirksamer Strafverfolgung scheint ohnehin niemand interessiert zu sein“, konstatiert ein Oberstaatsanwalt trocken und verweist auf seine Arbeitsbedingungen. Staatsanwälte würden nach wie vor ihre Zeit damit verbringen, am Kopierer zu stehen, weil es kaum Kopierkräfte gebe, und ihre Akten durch den Gegend zu tragen, weil es dramatisch an Wachmeistern fehle.“ – „Auch, dass Berlin kein eigenes Gerät zur Handy-Ortung von Kriminellen habe (Imsi-Catcher), sondern es von Brandenburg mieten müsse, zeigt das mangelnde Interesse an wirksamer Strafverfolgung.“ Wahr oder nicht haltbar?

Einen ganzen Artikel vom Netz zu nehmen, ist ein sonderbarer und nicht alltäglicher Vorgang, zumal er ja schon in der Druckausgabe veröffentlicht wurde. Der Tagesspiegel hat sich mit seiner Depublizierung keinen Gefallen getan.

Ed Koch